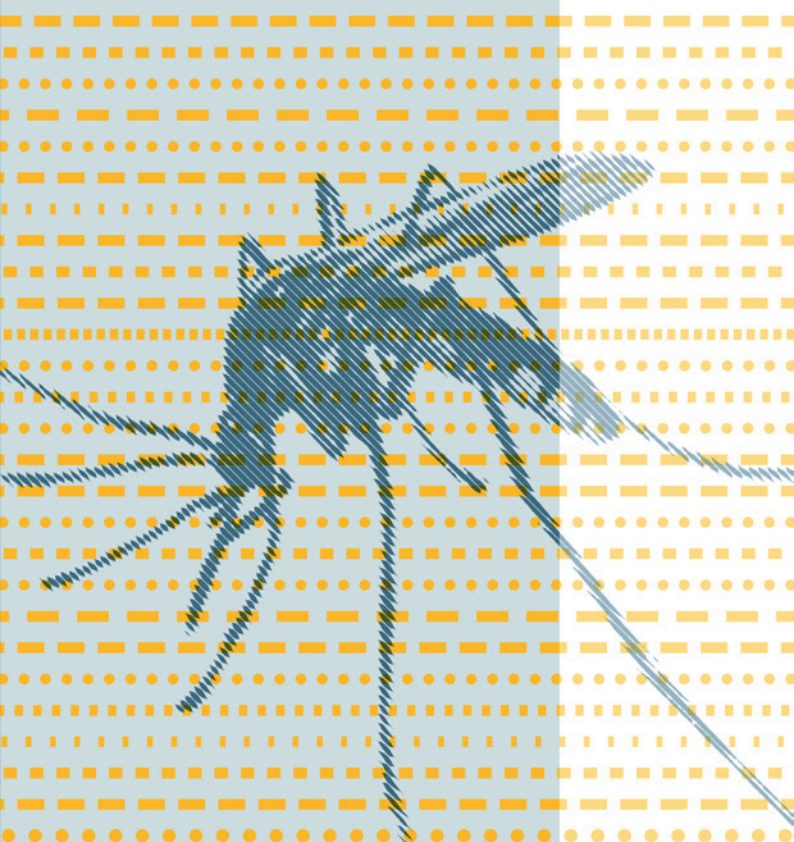




Spionageabwehr



Demokratie
in Gefahr

Nachrichtendienste fremder Staaten betreiben Spionage gegen Deutschland. Ihre wesentlichen Angriffsziele sind die Bereiche Politik, Militärtechnologie und Wirtschaft. Staaten mit totalitären Strukturen sind auch an der Beobachtung oppositioneller Bewegungen interessiert.

Die politische Spionage konzentriert sich auf die Außen-, Europa- und Bündnispolitik sowie die Wirtschafts- und Energiepolitik Deutschlands.

Die Schwerpunkte der Wirtschaftsspionage sind abhängig vom ökonomischen Hintergrund des jeweiligen „Täterlands“. Wirtschaftlich weniger entwickelte Staaten interessieren sich mehr für Produkte und Fertigungsprozesse. Zum „Nulltarif“ wollen sie an das Know-how einer Firma gelangen. Bei wirtschaftlich hochentwickelten Staaten sind darüber hinaus auch strategische Informationen deutscher Firmen begehrt, um die eigene Wirtschaft im globalen Wettbewerb besser zu stellen. Wirtschaftsspionage verursacht Schäden in Milliardenhöhe und gefährdet Arbeitsplätze.

Spionageabwehr ist Aufgabe des Bayerischen Landesamts für Verfassungsschutz. Es beobachtet die Aktivitäten ausländischer Nachrichtendienste, sammelt Informationen und wertet sie aus, um z.B. deutsche Unternehmen zu schützen.

Spione haben immer Konjunktur

Es ist ein verhängnisvoller Irrtum, anzunehmen, dass durch den Zusammenbruch des kommunistischen Ostblocks und durch weltpolitische Friedensbemühungen die Spionagebedrohung für Deutschland weggefallen sei.

Deutsche Unternehmen und Forschungseinrichtungen befinden sich aufgrund ihrer Leistungskraft und des hohen Stands der Wissenschaft in einem verschärften globalen Wettbewerb. Fremde Staaten suchen nach Möglichkeiten, um ihre Position in der Weltwirtschaft zu verbessern. Wegen seines wirtschaftlichen und militärischen Potenzials ist Deutschland Ziel von Spionage durch ausländische Nachrichtendienste.

Spionage wird durch die weltpolitische Entwicklung begünstigt: Wirtschaftskrisen lassen die Hemmschwelle für Spionage fallen, in allen Bereich gibt es globale Zusammenarbeit, die modernen Kommunikationstechniken sind international vernetzt.

Die größten Spionageaktivitäten gegen deutsche Interessen gehen von den *Nachrichtendiensten der Volksrepublik China* und der *Russischen Föderation* aus. Diese Staaten verfügen über große und leistungsstarke Geheimdienstapparate, die verstärkt den militär-wissenschaftlichen und -technischen Bereich ausforschen.

Ziel der Volksrepublik China ist es, bis 2020 zur führenden Wirtschaftsmacht aufzusteigen. Mit Hilfe des Staates ist es in einigen Sparten bereits gelungen, wichtige Technologien selbst nachzubauen.

Der russische Nachrichtendienst will Handelsbeziehungen nach Russland sowie westliches Know-how aus Wirtschaft und Rüstung ausspionieren.

Angehörige fremder Nachrichtendienste sind unter anderem als *Diplomaten* getarnt an Botschaften oder Generalkonsulaten tätig. Sie treten auch als *Journalisten* staatlicher Presseorgane auf und nutzen ihre berufliche Stellung zur gezielten nachrichtendienstlichen Informationsbeschaffung.

Die Methoden fremder Nachrichtendienste

Fremde Nachrichtendienste haben ihre Vorgehensweisen und Methoden den Bedingungen der Globalisierung und unserer offenen Informationsgesellschaft angepasst. Oft merken die Opfer gar nicht, dass sie ausspioniert werden. Spionage beginnt bei der vermeintlich unverfänglichen *Gesprächsabschöpfung* auf Tagungen und Messen, setzt sich fort über die *gezielte Internet-Auswertung* bis hin zu *verdeckten Angriffen auf IT-Netzwerke* von Behörden und Firmen, bei denen *Schadprogramme (Trojaner)* eingeschleust werden.



Moderne Kommunikationstechniken haben die Bandbreite der Angriffsmöglichkeiten deutlich erweitert. Per *Bluetooth* können bequem und schnell Daten von Handy zu Handy übertragen werden. Mit Bluetooth kann ein Handy aber auch angegriffen werden, indem unbemerkt gespeicherte Daten abgezogen oder Schadprogramme übertragen werden.

Daneben werden aber nach wie vor die klassischen Methoden der Spionage angewendet, wie die Nutzung so genannter Non-Professionals (z.B. Anwerbung von Praktikanten und Wissenschaftlern) oder die Anwerbung von Mitarbeitern in Zielobjekten. Trotz vielfältiger technischer Möglichkeiten setzen die Nachrichtendienste immer noch auf *menschliche Quellen*, um an sensible und geschützte Informationen zu gelangen.

Proliferation

Proliferation ist die Weiterverbreitung von *Massenvernichtungswaffen* bzw. der zu ihrer Herstellung verwendeten Produkte einschließlich der dazu erforderlichen Kenntnisse. Insbesondere *Krisenländer* haben ein verstärktes Interesse daran, an entsprechende Technologien zu gelangen.



Zur Umgehung der strengen gesetzlichen Ausfuhrbestimmungen, die diesen Wissens- und Materialabfluss verhindern sollen, bedienen sie sich verschiedenster Methoden. Ein Weg ist die Entsendung von *Gastwissenschaftlern*: Diese versuchen, an einschlägigen Hochschulen bzw. durch die Belegung entsprechender Studiengänge an das gewünschte Know-how zu gelangen. Zum anderen wird versucht, Güter außer Landes zu schaffen, indem *Scheinfirmen* gegründet werden oder Nachrichtendienste den Export übernehmen. Man setzt auf gutgläubige und unverdächtige deutsche Firmen, um anschließend deren Vertrauen für die illegalen Geschäfte zu missbrauchen. Diese Verschleierte taktik der Nachrichtendienste soll das Risiko, entdeckt zu werden, möglichst gering halten.

Durch Entwicklung und Aufbau eigener Produktionswege versuchen proliferationsrelevante Länder – insbesondere der *Iran*, *Nordkorea* und *Pakistan* –, ihre „Abhängigkeit“ von den westlichen Staaten einzuschränken.

Es ist erklärtes Ziel des Verfassungsschutzes, durch präventive Sensibilisierungsmaßnahmen an Hochschulen und Unternehmen, die als Lieferanten sensibler Güter mit Einsatzmöglichkeiten bei ABC-Waffensystemen in Frage kommen, auf die bestehenden Gefahren aufmerksam zu machen. Im Verdachtsfall können sich betroffene Firmen und Hochschulen jederzeit vertraulich an das Bayerische Landesamt für Verfassungsschutz wenden.

Der Verfassungsschutz berät Sie!

Das Bayerische Landesamt für Verfassungsschutz stellt zur Abwehr von Wirtschafts- und Wissenschaftsspionage kostenlos ein umfangreiches Informations- und Beratungsangebot zur Verfügung. Insbesondere mittelständische Unternehmen, die über hochwertiges Know-how verfügen, sollen auf diese Weise sensibilisiert werden. Ihr Know-how in der Rüstungs-, Energie- und Mikrotechnik, in der Computertechnologie und Chemie ist für ausländische Nachrichtendienste besonders interessant. Die Hochschulen werden auf die Gefahren der Wissenschaftsspionage hingewiesen.

Das *Internetportal „Wirtschaftsschutz Bayern“* gibt viele Hinweise und Tipps, wie sich Unternehmen gegen Spionage schützen können. Ein Rundgang durch ein virtuelles Unternehmen informiert über mögliche Gefahren und Schwachstellen im Unternehmen. Die Unternehmen sollen auf Risiken durch Wirtschaftsspionage aufmerksam gemacht werden und Lösungsansätze erhalten.

www.wirtschaftsschutz.bayern.de

In allen Fragen des Wirtschaftsschutzes – insbesondere bei einem konkreten Spionageverdacht – können sich Firmen vertrauensvoll an das Bayerische Landesamt für Verfassungsschutz wenden.





Demokratie schützen – Freiheit bewahren

Wir müssen unsere Freiheit und Demokratie vor dem Versuch anderer Staaten schützen, unsere Wirtschaft, Forschung, Technologie, Politik und Verteidigung zum Schaden aller auszuspionieren. Deshalb haben die Verfassungsschutzbehörden auch die Aufgabe, geheimdienstliche Tätigkeiten für eine fremde Macht zu beobachten und die für eine Abwehr solcher Bestrebungen erforderlichen Erkenntnisse zu sammeln.

Mit diesem Falblatt aus der Falblattreihe „Demokratie in Gefahr“ wollen wir Sie über Spionage informieren, die den politischen und wirtschaftlichen Interessen unseres Landes erheblichen Schaden zufügen kann. Aktuelle Informationen erhalten Sie jedes Jahr im Verfassungsschutzbericht Bayern.

Weitere Informationen erhalten Sie hier:

Bayerisches Staatsministerium des Innern
Odeonsplatz 3, 80539 München
Stichwort: Verfassungsschutz

In allen Fragen des Wirtschaftsschutzes steht das Bayerische Landesamt für Verfassungsschutz als Ansprechpartner zur Verfügung:
Telefon: 089/31 20 15 00
E-Mail: wirtschaftsschutz@lfv.bayern.de
www.wirtschaftsschutz.bayern.de

www.innenministerium.bayern.de
www.verfassungsschutz.bayern.de

Impressum

Herausgeber: Bayerisches Staatsministerium des Innern, Odeonsplatz 3, 80539 München
Druck: Bosch-Druck GmbH, Ergolding | Papier: Gedruckt auf PEFC-zertifiziertem Papier aus nachhaltiger Waldbewirtschaftung | Bildnachweis: 1) AP; 2) Nicholas Crepea
Stand: Dezember 2010